



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 06.11.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 11. November 2014, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 23.9.2014
2. 14-F-33-0118

Durchfahrtsverbot für Lkw - JETZT!
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 4.11.2014 -

Jeden Werktag nutzen durchschnittlich knapp 4.000 Transit-Lastkraftwagen über 3,5 t die Straßen Wiesbadens als Durchgangsverkehr. Sie haben weder Ausgangspunkt noch Ziel in Wiesbaden, sondern nutzen die Stadt lediglich als Abkürzung und um Autobahnmaut zu sparen. Wiesbaden ist im internationalen Vergleich mit einem durchschnittlichen Anteil von 34 Prozent Durchgangsverkehr besonders stark belastet. Einzelne Streckenabschnitte liegen sogar bei bis zu 70 Prozent Durchgangsverkehr. Die Transit-Lkws bedeuten eine starke Lärmbelästigung für die Bevölkerung und führen durch die Abgabe von Schadstoffen zu einer erhöhten Luftverunreinigung im innerstädtischen Bereich.

Mit Einführung eines Durchfahrtsverbots für Lkw über 3,5 t würde die Landeshauptstadt Wiesbaden einen maßgeblichen Beitrag dazu leisten, die Stickoxid- und Feinstaubbelastung innerhalb der Stadtgrenzen deutlich zu verringern. Zusätzlich würde dies zu einer Abnahme des Verkehrslärms und zu einer erhöhten Verkehrssicherheit in Wiesbaden führen. Auch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) hat mittlerweile erklärt, ein Lkw-Durchfahrtsverbot im Falle einer Reduzierung der Luftschadstoffkonzentration zu unterstützen.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

1. Der Ausschuss bekräftigt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0321 vom 24. Juni 2010 zur Verwirklichung eines generellen Durchfahrtsverbotes für Lkw im Stadtgebiet Wiesbaden.
2. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. die Aktualisierung des Gutachtens zur Wirkungsabschätzung eines Lkw-Durchfahrtsverbotes vom Juni 2014 dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr vorzustellen
 - b. die von einem Lkw-Durchfahrtsverbot betroffenen Hauptstraßen innerhalb des Stadtgebiets sowie die vorzuschlagenden Ausweichrouten aufzuzeigen. Dabei sind vor allem die Bundesstraßen B40, B43, B54, B262, B263, B417, B455 zu berücksichtigen.
 - c. alle notwendigen rechtlichen Schritte mit den zuständigen Hessischen Ministerien und dem Regierungspräsidium Darmstadt einzuleiten, um das Durchfahrtsverbot schnellstmöglich umzusetzen.
 - d. den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr regelmäßig über den Stand der Umsetzung zu informieren.

3. 14-F-33-0119

Historisches Gebäude Luisenstraße 7 vor dem Verfall retten

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 5.11.2014 -

Am Standort Luisenstraße 7 und damit in zentraler Lage befindet sich ein historisch wertvolles und denkmalschutzrechtlich geschütztes Gebäude. Das Gebäude ist seit geraumer Zeit ungenutzt und in einem zunehmend schlechten Zustand.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat im gesamten Stadtgebiet immer wieder mit dem Umstand zu kämpfen, dass geschützte Bauwerke durch den Eigentümer nicht angemessen in Stand gehalten werden und verfallen. Dabei verpflichtet das hessische Denkmalschutzgesetz gleichermaßen Land, Kommunen als auch Eigentümer zu einer Mitwirkung am Erhalt. Besondere Brisanz im vorliegenden Fall liegt darin, dass der Eigentümer des Gebäudes - das Land Hessen - trotz verschiedener Ankündigungen hier untätig bleibt. Sowohl für den Gebäudezustand das Stadtbild als auch für die notwendige Vorbildfunktion des Landes ist dies auf Dauer in höchstem Maße abträglich.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, was die Denkmalschutzbehörden bisher unternommen haben, um den weiteren Verfall des Gebäudes zu verhindern und denkmalschutzrelevante Gebäudeteile zu erhalten.
2. mit dem Land Hessen als Eigentümer des Gebäudes Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, konkrete Pläne zu Sanierung und Nutzung des Objektes in Erfahrung zu bringen,
3. für den Fall, dass keine solche Absichten erkennbar sind, dem Ausschuss darzulegen, welche Möglichkeiten er sieht, die Sanierung des Gebäudes sicherzustellen und Nutzungsmöglichkeiten wiederherzustellen.

4. 14-F-03-0103

Regionalisierungsmittel

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5.11.2014 -

Der Bund hat entschieden, die Regionalisierungsmittel, die der Finanzierung des Nahverkehrs dienen, nicht mehr zu erhöhen (Quelle: FAZ 3.11.2014 „Schlag für den Nahverkehr“). Dies kommt faktisch einer Kürzung gleich, da es keinen Inflationsausgleich gibt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

sich über alle denkbaren Wege, z. B. Landesregierung, Städtetag etc..., bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr, gemäß der Aufgaben der Bundesregierung, auch weiterhin dynamisiert werden.

5. 14-F-08-0060

„Ehemaliges Gerichtsareal endlich entwickeln“

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 4.11.2014 -

Am 13. Februar 2014 hat die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss gefasst mit dem Titel „Altes Gericht zügig fortentwickeln“ (Beschluss Nr. 0068). In diesem Beschluss heißt es u. a.:

„...Der Magistrat wird gebeten mit dem Land Hessen - dem Eigentümer des Grundstücks - schnellst möglich in Verbindung zu treten,

- a. um zu klären, welche konkrete Nutzung die Landesregierung nun für das denkmalgeschützte Gerichtsgebäude vorsieht und unter welchen Bedingungen der Hochschule Fresenius Teile des Gesamtareals angeboten werden;*
- b. um den öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden neu auszuhandeln;*

2. mit der Hochschule Fresenius Kontakt aufzunehmen, um die Ansiedlungspläne zu konkretisieren...“

Seit diesem Beschluss sind nun fast neun Monate vergangen, ohne dass den Stadtverordneten Informationen zur Ausführung dieses Beschlusses übermittelt wurden, obwohl der jahrelange Stillstand bei der Entwicklung des ehemaligen Gerichtsareals für das Quartier wie für die Landeshauptstadt Wiesbaden insgesamt allgemein als in hohem Maße schädlich beurteilt wird.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge

- berichten, was seit dem Stadtverordneten-Beschluss Nr. 0068/14 seitens des Magistrats zur Klärung der zukünftigen Nutzung des ehemaligen Gerichtsareals unternommen wurde,
- berichten, welche Ergebnisse mit diesen Aktivitäten erzielt wurden,
- darlegen, wie der Zeitplan für die nächsten geplanten Schritte aussieht,
- regelmäßig auf den Sitzungen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Bericht erstatten und
- schriftliche Dokumente bzw. Skizzen oder Planungen zum Thema Entwicklung des ehemaligen Gerichtsareals der Stadtverordnetenversammlung bzw. den Mitgliedern des Ausschusses unverzüglich nach Erstellung zukommen lassen.

6. **Neugestaltung des Umfeldes Rhein-Main-Hallen / Landesmuseum / Stadtmuseum**
- Sachstand zum Beschluss 0635 der Stadtverordnetenversammlung vom 19.12.2013 -
7. **14-V-66-0221** **DL 54/14-8**
Radabstellanlagen in Mainz-Kostheim Maaraustraße/ Mainufer und Wiener Platz
8. **14-V-61-0032** **DL 52/14-8**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Comeniusstraße" im Ortsbezirk Nordost
- Satzungsbeschluss -
9. **14-V-61-0035** **DL 56/14-1**
Bebauungsplan "Einzelhandelsbetrieb Berliner Straße" im Ortsbezirk Erbenheim -
Satzungsbeschluss -

10. 14-F-03-0105

Sachstand Kureck

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2014 -

Der Investor hat offenbar neue Pläne zur Umgestaltung des Kurecks.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie ist der Sachstand der Planungen zur Umgestaltung des Areals „Kureck“?
2. Was sieht die Stadt vor, um auf den erneuten Vorstoß des Investors zu reagieren?
3. Ist beim Kureck eine Partizipation der Bürger/innen im weiteren Verfahren der Stadtplanung vorgesehen?

11. 14-F-03-0104

Fahrradmitnahme Bus

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2014 -

Zur Förderung des Radverkehrs ist die Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern unerlässlich. Einer der notwendigen Aspekte ist die Mitnahme von Fahrrädern im Bus, wie es in Wiesbaden erfreulicherweise grundsätzlich möglich ist. Die Mitnahme muss jedoch ausgebaut werden, da es wiederholt zu Konflikten infolge des begrenzten Abstellplatzes kommt.

Es gibt verschiedene Lösungsansätze: Einige Verkehrsbetriebe verringern die Anzahl der Sitzplätze (vor allem bei Gelenkbussen an der dritten Tür). Andere Länder sehen Mitnahmemöglichkeiten außerhalb des Fahrgastraumes vor. (Vgl. Anlage)

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten,
zu berichten,

1. ob die rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland eine Beförderung von Fahrrädern an Bussen erlauben;
2. wie sich die Beförderung von Fahrrädern an Bussen betriebstechnisch auswirken würde;
3. ob bei häufig verkehrenden Linien einzelne Busse mit reduziertem Sitzplatzangebot und erweiterten Stellmöglichkeiten, z.B. an der dritten Tür, eine Alternative darstellen könnten, um eine verbesserte Fahrradmitnahme zu ermöglichen.

12. 14-F-03-0106

Verbesserungen Fußgänger/innenverkehr

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2014 -

Wiesbaden schneidet im VCD-Städtecheck - Verkehrssicherheit von Fußgängern - besonders schlecht ab. Es verunglücken überdurchschnittlich viele Menschen, die zu Fuß unterwegs sind und die Tendenz ist steigend.

Generell liegen den Unfällen bei Straßenquerungen oftmals Infrastrukturmängel zugrunde.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten,

1. zu berichten,
 - a. ob ihm die Untersuchung des VCD zur Verkehrssicherheit von Fußgängern bekannt ist und wie er das schlechte Ergebnis Wiesbadens kommentiert.
 - b. wo die Unfallschwerpunkte für Fußgänger/innen liegen.
2. Ein Konzept vorzulegen, wie die Infrastruktur für den Fußgänger/innenverkehr sicherer und komfortabler umgestaltet werden kann. Hierzu gehören insbesondere:
 - a. die Verbesserung der Ampelphasen für den Fußgänger/innenverkehr bei der Querung mit Mittelinsel und in der Nähe von Bushaltestellen (z.B. Schwalbacher Straße / Dotzheimer Straße);
 - b. das Anbringen von weiteren Warnlichtern für den Autoverkehr bei Abbiegevorgängen, wenn Autos und Fußgänger gleichzeitig Grünphasen haben;
 - c. die Überwachung des Autoverkehrs, um das immer häufiger auftretende Überfahren roter Ampeln einzudämmen;
 - d. das Freihalten von Gehwegen von illegal parkenden Fahrzeugen, sowohl durch Kontrollen als auch durch bauliche Maßnahmen;
 - e. die Instandsetzung von Gehwegen (v.a. Ausgleich von Unebenheiten und Stolperfallen);
 - f. wo noch nicht geschehen die Absenkung von Bordsteinen.

13. 14-F-33-0122

Jobtickets für kleinere Unternehmen

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 5.11.2014 -

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) bietet in Kooperation mit ESWE Verkehr Jobtickets in Form der FirmenCard lediglich für Unternehmen mit über 100 Mitarbeitern an. ESWE Verkehr selbst bietet für kleinere Unternehmen auf ihrer Homepage auch eine „Hilfslösung“ über einen Zusammenschluss mehrerer Privatunternehmen zu einer Firmengemeinschaft an, die aufgrund eines hohen Organisationsaufwandes in der Praxis nicht umgesetzt wird.

Jobtickets sind jedoch ein attraktives Angebot zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel, welche auch Existenzgründern und Beschäftigten kleinerer Unternehmern zugänglich sein sollten.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sich dafür einzusetzen, die Nutzung von preisgünstigen Jobtickets (FirmenCards) im RMV-Tarifgebiet auch für Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern/innen praxisnah zu ermöglichen.
2. Gespräche mit ESWE Verkehr und RMV, mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und ggfs. mit den Handwerks-Innungen zu führen, mit dem Ziel, dass solche FirmenCards über die beruflichen Dach-/Interessenverbände erworben werden können.
3. Dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr über die Umsetzungsvarianten einer solchen Kooperation und die Gesprächsergebnisse zu berichten.

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

- | | | |
|----|--|--------|
| 1. | 14-F-03-0054 | ANLAGE |
| | Konzept Umgestaltung Rathaus
<i>- Bericht des Oberbürgermeisters vom 15.9.2014 -</i> | |
| 2. | 14-F-03-0086 | ANLAGE |
| | Anbindung Domäne verbessern
<i>- Bericht des Dezernates IV vom Oktober 2014 -</i>
<i>- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 11.11.2014 -</i> | |
| 3. | 14-F-33-0055 | ANLAGE |
| | Hochstättenstraße in Ordnung bringen
<i>- Bericht des Dezernates IV vom 16.10.2014 -</i> | |

4. 14-F-33-0056 ANLAGE

Entwicklung von Fahrkartenverkaufsstellen in Wiesbadener Stadtteilen
- Bericht des Dezernates IV vom Oktober 2014 -

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 11.11.2014 -

5. 14-V-04-0017 DL 57/14-1

Organisationsstruktur für die Wahrnehmung der Aufgabenträgerfunktion im ÖPNV der
Landeshauptstadt Wiesbaden

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 11.11.2014 -

6. 14-V-04-0018 DL 53/14-1

Halbjahresbericht zum Projekt "ÖPNV 2017"

7. 14-V-05-0005 DL 54/14-3

Neubau der Carl-von-Ossietzky-Schule

8. 14-V-10-0028 DL 53/14-2

Ortsverwaltung Biebrich - Sanierung

9. 14-V-20-0046 DL 51/14-4, 49/14-2

Weiterentwicklung Investitionscontrolling

10. 14-V-20-0064 DL 52/14-1

Erfüllung der EU-Voraussetzungen zur Direktvergabe der ÖPNV-Leistungen ab 2017 an die
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

11. 14-V-20-0069 DL 53/14-3

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen
Ausgaben

- 12. 14-V-20-0070** **DL 53/14-4**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- 13. 14-V-36-0017** **DL 54/14-4**
Windkraftvorhaben der ESWE Taunuswind GmbH - Zielabweichungsverfahren
- 14. 14-V-40-0009** **DL 52/14-3**
Elly-Heuss-Schule - Sanierung und Neuausstattung der naturwissenschaftlichen Räume
- 15. 14-V-40-0036** **DL 54/14-5**
Ausführungsvorlage Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule; Erweiterung
- 16. 14-V-63-0015** **DL 52/14-9**
Wielandstraße 32-36; Wilhelm-Hauff-Str. 18-20; Roseggerstr. 1-5; Fontanestr. 1-11:
Bauantrag - Neubau von 7 MFH mit 125 WE und zwei TG mit 125 Plätzen "Quartiersentwicklung Mörrike Karree"
- 17. 14-V-63-0018** **ANLAGE**
Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Gestaltungsbeirates am 24. September 2014
- 18. 14-V-66-0215** **DL 52/14-10**
Etzelstraße - Einengung der Fahrbahn
- 19. 14-V-66-0223** **DL 52/14-11**
B 455 - Washingtonstraße - Umbau des Knotenpunktes in Wiesbaden Südost
- 20. 14-V-66-0226** **DL 52/14-12**
Elisabethenstraße/Kloberstraße - Tempo-30-Zone

21. 14-V-66-0230 **DL 54/14-9**

Umbau der Lichtsignalanlage Bierstadter Höhe/Von-Bergmann-Straße für den ÖPNV

22. 14-V-66-0231 **DL 54/14-10**

Erweiterung der Lichtsignalanlage Bahnhofstraße/Rheinstraße für den ÖPNV

23. 14-V-66-0232 **DL 54/14-11**

Umbau der Lichtsignalanlage Schwalbacher Straße / Dotzheimer Straße für den ÖPNV

24. 14-V-66-0234 **DL 53/14-5**

Durchführung einer Erhebung zur Parkraumnutzung im Bereich des äußeren Westends

25. 14-V-66-0313 **DL 57/14-2**

Goerdelerstraße - Umgestaltung Bestand, Mittelfreigabe

26. 14-V-70-0009 **DL 56/14-3**

Baukostenerhöhung bei dem Bau der Basisabdichtung des Deponieabschnitts III

27. 14-V-80-2323 **DL 52/14-1 NÖ**

Wohnbauflächenentwicklung Hainweg - Kooperation

28. 14-V-80-2327 **DL 57/14-2 NÖ**

Verkauf des Grundstücks Kleine Schwalbacher Straße 10

29. 14-V-80-2328 **DL 53/14-1 NÖ**

Beteiligung am Bau einer privaten Erschließungsstraße im Abraham-Lincoln-Park

Seite 11 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 11. November 2014

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender